



Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668-3678, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelleg.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monat-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: monat-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koestraße 12-22.

10 Pf. - Nr 615 - B 304

MITTWOCH, 31. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

Brüning gibt Rechenschaft

Neujahrs-Gedanken des Reichskanzlers

Der Reichskanzler Dr. C. Brüning übergibt der Öffentlichkeit seinen „Neujahrsbeschluss 1931“ überdrückten Aufsatze, in dem er gleichsam Neujahrsgrüße ablegt über den Stand seiner Arbeit. Er schreibt u. a.: „Das Jahr 1930 war ein schweres Jahr. Es war uns viel zu schaffen gemacht. Depression und Strife der Finanzen nahen das Mitstreiten in unfernen Völkern, ob das Leben und das Wohlbefinden unserer Nation mit der gegebenen verfassungsmäßigen Ordnung der politischen Verhältnisse zu leben gewährleistet seien. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Mitstreiten hinaus die prinzipielle Ordnung unserer politischen Verhältnisse als des Rückens des Staates und der Nation schuldlos auflösten und sich anheißig machten. Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundfesten, ihrem Blute und ihrer Tradition zu reißen zu können. Solche Bewegungen waren vorzuziehen. Sie zeigen sich heute einige Tage nach einer politischen Reorganisation, weil dann die hinter der Umgestaltung zu liegengebliebenen, aus sich im Stauff auf sie mit ihnen finden, die von ihr enttäuscht sind, weil nicht alle ihre Wünsche erfüllt sind. Von außen fanden die innerpolitischen Erregungen Einfluß auf den allgemeinen politischen Lauf in der Welt sowie auf der Bewegung der Mächte, die im Gegensatz der Überwindung der deutschen Weltwirtschaftslage sowie der Sozialverhältnisse im Osten eine schärfere Linie, d. h. die Welterneuerung, Ökonomie vorzuziehen, die Kultur der Menschheit bedrohlich zu stellen.“

weife, und ich sage es ausdrücklich dabei, keineswegs nur durch die Tätigkeit der politischen Organe, sondern mindestens ebenso sehr durch die Tätigkeit und Ordnungsgewalt oder Vermittlung in Stadt und Land vor den Katastrophen bedroht geblieben ist, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber heute gibt, die zu betonen und auszuwerten, wir stehen in schon mitten in der großen Katastrophe dazu, so kann man demgegenüber nur sagen: Es müssen nicht, was sie reden.“

Wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre uns allen und mit politisch etwas ganz Tiefes und Großes wünschen darf, kann ich es dieses: möge unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensaltern zunehmend in der Fähigkeit und Geduld, seine großen Anlagen und unerlöschlichen Kräfte richtig zu behandeln und einzeln n. — besonders im Politischen — möge es also einsehen, daß alle praktische Politik Aufbau ist, daß aber alles Aufbauen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein für ein andern folgt. Ferner will ich hoffen nicht nur im Politischen, sondern auch in den Forachungen an unsere Politik. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht nur, mit ihnen sie je auch nur einen Augenblick — gleichfalls im Aufstehende — im Frühjahre des neuen Jahres betradet. Wir begrüßen jedes Jahr als Männer mit Erfahrung und Hoffnung und werden uns morgen wieder dem unvollendeten Werke zuwenden.“

Sindenburg an Brüning

Reichspräsident von Sindenburg hat an den auf kurzen Urlaub weilenden Reichskanzler Dr. Brüning nachstehendes Telegramm nach Badenweiler geschickt:

„In teuren Gedanken breche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche für erfolgreiche Arbeit und persönliches Wohlergehen im neuen Jahre aus. Mit freundlichen Grüßen gez. von Sindenburg.“

„Demnach aber hat sich im abgelaufenen Jahre so viel politisches Verhängnis ereignet und durchzogen, daß wir die Finanzen wieder — trotz der fortgeschrittenen Depression — eine feste Grundlage geben konnten. Wir haben jedoch manches tun können, um den Ablauf der Konjunktur zu erleichtern. Die Arbeitslosenversicherung — die weit mehr ist, als ihr Name verspricht — konnte, besonders dank der Arbeitslosenversicherung selbst, in ihren Leistungen gehoben werden. Die denn überaus unferne gute finanzielle, soziale und wirtschaftliche Leben glücklicher.“

Unser Heer

Reichspräsident von Hindenburg hat, wie bisher stets zum Jahreswechsel, einen Erlaß an die Wehrmacht gerichtet. Während jedoch zumeist meist in den Glückwünschen für das neue Jahr nur ein Dank für die geleistete Arbeit verbunden war, nimmt der diesjährige Erlaß Bezug auf das zukunftsreiche Bestehen der deutschen Reichswehr in ihrer durch den Vertrag von Versailles festgelegten Form.

Es ist keine rechte Zeit, um Jubeln zu feiern. Das hilft heute jeder in Deutschland, und das werden die Angehörigen der deutschen Reichswehr besonders stark empfinden, wenn sie am Neujahrstage 1931 auf die zehn Jahre zurückblicken, die seit dem Abfall der Neuauflistung des Reichsheeres nach den Vorschriften des Versailles-Vertrages verstrichen sind. Zehn Jahre besteht unter 100.000-Mann-Heer, dessen Rahmen von unfernen damaligen Gegnern in Versailles so eng geplant wurde, daß die „Friedenst“ besonders unter den französischen Militärs die Hoffnung hatten, den Wert der deutschen Landesverteidigung für die Zukunft auf ein völlig bedeutungsloses Minimum herabgedrückt zu haben. Daß unsere Gegner mit der Wehrverfassung und all den anderen militärischen Vorschriften des Versailles-Vertrages uns etwas antaten, was sie selbst als dem natürlichen deutschen Empfinden widersprechend betrachteten, beweisen sie durch das empfindliche Gehen ihrer Militärkontrolle, das sie jahrelang über ganz Deutschland operierten, um jede Ratione und jede Granate zu erfassen, die nicht in die von ihnen erstauten minimalen Bestände innerhalb einer Woche kam.“

Unter diesen äußeren Bedingungen ist die neue Wehrmacht der deutschen Republik geschaffen worden, unter diesen Bedingungen mußte sie arbeiten; und wenn heute sich wieder die Offiziere jener oder Armeen der Welt an den deutschen Mannschaften teilnehmen, so zu sehen und zu lernen, so ist diese eine Tatsache wohl der beste Beweis dafür, daß trotz aller Bemühungen die Reichswehr in den zehn Jahren ihres Bestehens eine Arbeit geleistet hat, auf die sie stolz sein darf. Diese Arbeit auf militärischem Gebiet ist in Deutschland heute wohl anerkannt worden, und das werden die Wehrmachtler sich mit den Soldatenbesatzern, die in der Wehrmacht gepfeift werden, nicht denken.“

Trotz noch schwerer Arbeit als die Erfüllung der rein militärischen Aufgaben vor sich die neue Reichswehr das Problem, sich in den neuen Staat wirklich einzufügen. Die wildlebenden Zeiten, in denen aus Reihen der alten Armeen und neuangefallenen Fremdwörterinformationen zunächst das 200.000-Mann-Heer und fünf darauf das 100.000-Mann-Heer aufgestellt werden mußte, fanden noch alljährlich im Zeichen des Krieges, im Zeichen einer Epoche, in der der Appell an Waffen und Gewalt alles beheset hatte, als daß die Eingliederung des neuen Heeres in das noch unvollständiger neue Staatswesen ohne Schwierigkeiten hätte vorübergehen können. Vier Jahre Krieg hatten in sehr vielen Volksteilen die Stellung zum Soldaten, wie sie das Vortriebsbedürfnis kannte, fast erloschen. Die neue Wehrmacht mußte auf ihre die Stellung in Deutschland zurückgehen; sie mußte nicht nur ihre eigene Organisation neu aufbauen, sie mußte auch zum deutschen Volke ein neues Verhältnis schaffen.“

Alle militärische Tradition hat den Führern der Wehrmacht ihre militärischen Aufgaben erleichtert. Für die politischen — wenn man sie so nennen will — letzte es an Schaltung, unfernen Taten von beiden Seiten war die Folge. Freher von beiden Seiten erforderten das Zusammenarbeiten von Volk und Wehrmacht; und wenn heute auch dieser Teil der Aufgaben der deutschen Reichswehr seiner Lösung schon ein beträchtliches Stück nahegekommen ist, so ist diese Festhaltung an dem Tage, an dem die Wehrmacht auf zehn Jahre Arbeit zurückblicken kann, vielleicht die erfreulichste.“

Gründlich in allererster Linie ist die Reichswehr selber, die über diese Aufgaben der Wehrmacht, die in der Wehrmacht im Falle der bittersten Notwendigkeit, niemals lösen kann, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit innerlich mit dem Heere verbunden ist. Nur in diesem Sinne ist das kleine deutsche Berufsheer ein Stamm, ein Kern. Heute mit im Ausland oft von dem deutschen Heere-Heer gesprochen. Im militärischen Sinne ist das falsch, und unzutreffend, wie sie der ehemalige Reichswehrminister Dr. Goerl in der „Berlinerischen Zeitung“ hat, daß nämlich die Wehrmacht der Reichsregierung bei der Organisation der Wehrmacht nur die Form, den Kern einer militärischen Organisation zu schaffen, sind nur dazu angelegt, diese von den Wehrmachtsgegnern in aller Welt genährte falsche Vorstellung zu befechten.“

Keine Regierungszusage an die Zechenbesitzer

Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

Im Zusammenhang mit dem Streikschicksal ist verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, die Reichsregierung habe den Zechenbesitzern eine nach schrittweiser Beseitigung fest zugesagte Senkung des für die Subsidienzahl zuzurechnenden Arbeitslosenunterstützung befristet, daß es eine bezweifelbare Folge nicht gegeben hat und auch angeht, daß die Regierung befristet die Unabhängigkeit der Schlichtungsstelle gar nicht hätte geben können.“

Die Zuspitzung des Lohnkampfes im Ruhrbergbau wird im Reichsarbeitsministerium mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, jedoch besteht vorläufig für den Reichsarbeitsminister noch keine Möglichkeit zu einem direkten Eingreifen. Vielmehr ist nach den aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen damit zu rechnen, daß die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich alsbald zu neuen Verhandlungen zusammenfinden werden und daß es dann dem Schlichter ermöglicht wird, auf einen Schlichterplan am 7. Januar hinzuwirken. Für den Augenblick besteht aber der tarifliche Zustand, weil es dem Schlichter nicht möglich war, seinerseits den Standpunkt einer der beiden Parteien anzuerkennen und auf dieser Basis einen Schlichterplan zu fassen.“

Es ist ursprünglich die Forderung der Arbeitgeber nach einer Subsidienkung um zwölf Prozent und der Arbeitnehmer, jede Kürzung abzulehnen, werden natürlich nicht anerkannt werden können. Aber es besteht Aussicht darauf, daß bei weiteren Verhandlungen eine Einigung etwa auf der Grundlage einer schrittweisen Kürzung — also ähnlich wie letztendlich in der Berliner Subsidienliste — herbeigeführt werden kann. Die Streikverträge ist zwar noch nicht völlig befristet, wird aber im Augenblick nicht als bedrohlich empfunden.“

Der Reichsarbeitsminister für den Reichs- und Schlichterplan für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist verbindlich erklärt.

Um den Vorfall der Genfer Ratstagung

Die Sondierungen in London noch nicht abgeschlossen

Die immer wieder und neuerdings aus dem Genf aufstehenden Meldungen, in denen behauptet wird, daß die deutsche Regierung bereits auf den Vorfall in der Zusammenkunft des Bitterbundes verzichtet habe, sind in dieser Form unzutreffend. Es handelt sich nicht um einen Verzicht, sondern um einen Einverständnis mit England im Vorfall der Ratstagungen in Genf und Wien. Auch sind die in London geführten Sondierungen in dieser Frage noch gar nicht abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß ein solcher Einverständnis zustande kommen wird.“

Dagegen wird einer anderen Genfer Angelegenheit nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich dabei um die Beseitigung der Materialverwaltung beim Bitterbundsstreik, die den in dieser Beziehung in Frage kommt. Dieser Vorfall ist wichtig, weil kein Zweifel die Befreiung künftiger unfernen Bitterbundsstreik-Verfahren ist. Dieser wurde bisher von einem Anwaltverein verweigert. Im Augenblick bemüht sich Frankreich sehr lebhaft um ihn.“

Schiedspruch für die rechtsrheinische Textilindustrie

WUPPERTAL, 31. DEZEMBER

Der staatliche Schlichtungsausschuß für das Bergische Land fällt am Dienstagabend unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Brangard über die Streitigkeiten Verhandlungen einer Schiedsgerichts über die Höhe in der Textilindustrie des rechtsrheinischen Bergischen. Danach sollen von 16. Januar 1931 ab die Schlichte um 7,5 Prozent werden. Diese Regelung soll zunächst bis zum 15. Juni 1931 gelten. Die Gefährdungslage läuft bis zum 7. Januar. Von dem Schlichtungsplan werden mehr als 40.000 Arbeiter betroffen.“